

Hunderttausende demonstrieren gegen die Bush-Administration – Beck, Bruch und Deubig hofieren sie!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 036/05 – 25.10.05**



Donalds Task Force

Fundsachen

Riesige Demonstration in Washington verkündet vielfältige Botschaften

Von Patrick Dickson, STARS AND STRIPES, 25.09.05

WASHINGTON – Sie kamen mit Bussen aus Kalifornien, Illinois, New Mexico und New York. Ihre Botschaften waren einfach: Beendet den Irak-Krieg, den Haiti-Interventionismus (Die USA haben immer wieder Militär geschickt, um Haiti in ihrem Sinne zu „stabilisieren“.), das Foltern, die Nominierung des John Roberts (konservativer Jurist, den Bush zum Obersten Richter ernannt hat) und die Bigotterie! Obwohl die Botschaften wechselten, waren die Demonstranten zahlreich erschienen.

Sie strömten um die National Mall aus Bussen, sammelten sich und marschierten los, um ihre Opposition gegen die Politik der Bush-Administration im Irak kundzutun und die Heimkehr der Truppen zu fordern. Die Organisatoren hatten 100.000 Teilnehmer vorausgesagt; nach Aussage des D.C.-Polizeichefs „haben sie die möglicherweise erreicht“. Im Laufe des Nachmittags wurden etwa 250.000 Demonstranten geschätzt.

Die Demonstranten begrüßten sich herzlich, als sie die Busse verließen, versuchten einen Ablaufplan zu entwickeln, fragten nach Richtungen, und die wachsende Menge vergnügte sich in fröhlicher konzertähnlicher Atmosphäre.

Es nahmen sogar Soldaten in Uniform teil. Ein Spezialist der 101st Airborne (Luftlandetruppe), der darum bat, unerkannt zu bleiben, erzählte von seinen Freunden im Irak und stellte die für die Invasion angegebenen Gründe in Frage. „Meiner Meinung nach ging dieser Bush nur für seinen Vater dahin, um eine Scharte auszuwetzen. Es gibt dort keine Massenvernichtungswaffen.“

„Aber jetzt stecken wir auf Jahre hinaus fest. Wenn wir uns zurückziehen, wird es nur schlimmer.“ Ein Sergeant (Unteroffizier) der 42nd Infantry Division (Infanteriedivision) nickte zustimmend.

Melanie Morgan, die „Move America Forward“ (Bringt Amerika vorwärts!) gegründet hat, eine Organisation, „die Amerikas Anstrengungen, den Terrorismus zu besiegen, und die tapferen Männer und Frauen unserer Streitkräfte unterstützt“, hat eine andere Auffassung. Sie sprach auf einer kleinen Gegendemonstration in der Nähe der Mall. „Diese Hippies der Sechziger auf der Mall verstehen nichts,“ rief Morgan den etwa 200 Leuten zu. Dann trat Bill Green, einer ihrer Anhänger, auf die Bühne. „Es ist schwieriger, uns auf die Straße zu bringen, weil wir anständig leben und arbeiten,“ rief er. „Aber die schweigende Mehrheit wird nicht länger schweigen. Ihr wollt die Truppen nach Hause bringen? Wir holen die Truppen heim, wenn die Mission erfüllt ist.“

Aber der Tag gehörte, wie es scheint, den vielen Kriegsgegnern. Die Demonstranten bereiteten sich darauf vor, am Weißen Haus vorbei zu marschieren und für ein Nachmittagskonzert zur Mall zurückzukehren. Proteste gegen den IWF (Welt-Währungs-Fonds) und die Weltbank waren auch geplant.

Jamie Santoro, eine vierzigjährige Verlegerin mit einem Buchverlag in Chicago, fuhr 18 Stunden, um mit 40 Freunden teilzunehmen. „Ich kam, weil ich denke, Krieg ist unter allen Umständen falsch,“ sagte sie. Und was ist mit dem Kampf gegen jemand wie Hitler? „Krieg ist immer falsch.“

Arianette Gosnell, 18, Studentin des Lorain County Community College in Ohio, fuhr mit ihren Freunden hierher. Sie verteilte Flugblätter, auf denen stand: „Widersteht oder sterbt! Keine Schule am 2. November!“ Als sie gefragt wurde, was die Gruppe damit erreichen

wolle, wenn sie einen Tag dem Unterricht fernbliebe, sagte sie: „Ich bin erst seit heute dabei, deshalb weiß ich das nicht.“

Ali Siam, 21, ein Maschinenbau-Student „mit dem Hobby Politikwissenschaften“ von der Northeastern University in Boston, kam im Bus - mit 15 bis 20 Mitstudenten, die alle aus dem Mittleren Osten stammen. Er hatte eine etwas bessere Erklärung für sein Hiersein. „Jeder Krieg wird wegen wirtschaftlicher Interessen geführt,“ sagte Siam. Die Bush-Regierung sei in den Irak gegangen, um Ölvorräte zu sichern. „Das ist doch reine Weißwäscherei, diese Komikheft-Version von Gut gegen Böse. Jeder der glaubt, in diesem Krieg gehe es um die Verbreitung von Demokratie, ist doch naiv.“

(An der Demonstration nahm auch Cindy Sheehan teil, die vor Bushs Ranch in Texas demonstriert hatte, nachdem ihr Sohn im Irak getötet worden war.)

General: Ende des Krieges gegen den Terrorismus nicht absehbar

Von Jeff Schogol, STARS AND STRIPES, 06.10.05

WASHINGTON – Der Krieg gegen den Terror wird „bis in die vorhersehbare Zukunft“ weitergehen, sagte der Stabschef der Armee am Dienstag. In seiner Rede auf dem jährlichen Treffen der Association of the United States Army (AUSA - Vereinigung der Armee der Vereinigten Staaten) stellte General Peter J. Schoomaker fest, dass der Krieg gegen den Terror bereits länger gedauert hat, als Amerikas Teilnahme an jedem der beiden Weltkriege.

AUSA ist nach ihrer Internet-Seite eine gemeinnützige Organisation „zur Förderung der Interessen der Armee Amerikas und der Männer und Frauen, die in ihr dienen“.

Wir sprechen von dem langen Krieg, und er wird es sein,“ sagte Schoomaker. Er fügte hinzu, es sei Zeit für die Amerikaner, „aufzuwachen und einzusehen, dass wir uns auf eine sehr reale Weise im Krieg befinden“.

Der Chef des Geheimdienstes im Stab der Armee machte eine ähnliche Aussage in einem anderen Gespräch, indem er sagte, der Krieg gegen den Terror gehe „Jahrzehnte“ weiter. Generalleutnant John F. Kimmons konnte nicht sagen, wie lange die US-Streitkräfte noch im Irak oder in Afghanistan kämpfen würden, aber das Militär habe bereits Planentwürfe für den Abzug von Truppen aus dem Irak. Kimmons wiederholte die Feststellung, dass jeder Truppenabzug von den Bedingungen vor Ort abhängt.

(Die beiden Artikel aus STARS AND STRIPES wurden komplett übersetzt. Die Erläuterungen in Klammern wurden vom Übersetzer hinzugefügt.)

Hunderttausende demonstrieren, Beck, Bruch und Deubig hofieren!

Rot-schwarze Connection mit kriegslüsternen US-Militärs

Die US-Soldatenzeitung STARS AND STRIPES zieht alle Register, um wenigstens einige der 250.000 Demonstranten, die in Washington am größten Protestmarsch seit Beginn des Irak-Krieges teilgenommen haben, zu diskreditieren. Da gibt ein demonstrierender Soldat angeblich zu, dass ein baldiger Abzug aus dem Irak das Ganze nur verschlimmern würde. Einer Verlegerin wird unterstellt, sie hätte auch Hitler gewähren lassen. Eine 18-Jährige weiß angeblich nicht so recht, was die Demonstranten eigentlich fordern, und der Student arabischer Herkunft muss ja Partei für den Irak ergreifen, kann also mit seinen richtigen Einschätzungen eigentlich nur falsch liegen. Das versprengte Häuflein der 200 „auf-rechten“ Gegendemonstranten darf die Kriegsgegner als „Hippies aus den Sechzigern“ diffamieren, und die Polizei gibt – wie früher bei uns – natürlich eine viel zu niedrige

Teilnehmerzahl an.

Weil nichts sein kann, was nach den weitreichenden Kriegsplänen der Herren Generale nicht sein darf, tut der offensichtlich hin und her gerissenen Berichtersteller Dickson sein Bestes, um die in Washington überdeutlich gewordene Kriegsmüdigkeit der amerikanischen Bevölkerung kleinzuschreiben. Auch unser regionales Monopolblatt RHEINPFALZ liegt mit der Schlagzeile „Zehntausende demonstrieren für Truppenabzug aus Irak“ vom 26.09.05 auf der gleichen Linie, muss aber im Text dann wenigstens zugeben, dass sich „rund 100.000 Menschen am größten Protestmarsch in der amerikanischen Hauptstadt seit Beginn des Irak-Krieges“ beteiligt haben.

Dabei steht es wirklich schlecht um die weiteren Kriegspläne der Bush-Aministration und der Militärs im Pentagon. Die erfundenen Kriegsgründe wurden alle als faustdicke Lügen entlarvt. Die mit über 2000 toten und zehntausenden verwundeten US-Soldaten schon unerwartet hohen Verluste wachsen täglich weiter. Das weltweit sinkende Ansehen der USA und das klägliche Versagen der US-Regierung bei den jüngsten Naturkatastrophen in Louisiana und Texas haben dazu geführt, dass Bush, Rumsfeld und Konsorten in ihrem eigenen Land immer weniger Zustimmung für ihre teuren Angriffskriege finden. Die Überfälle auf Afghanistan und den Irak haben schon 350 Milliarden Dollar verschlungen, der gesamte Rüstungsetat für 2006 soll auf 445 Milliarden Dollar anwachsen.

Die Rekrutenwerber der US-Berufsarmee sind pausenlos im Einsatz und versprechen erhöhte Geldprämien, die Möglichkeit, versäumte Schulabschlüsse nachzuholen oder während der Militärzeit zu studieren. Trotzdem wurde das Ziel, im gerade abgelaufenen Fiskaljahr 80.000 neue Rekruten zu verpflichten, weit verfehlt. Auch aus den Reihen der National Guard und der Reservisten können kaum noch zusätzliche Soldaten gewonnen werden. Obwohl nach abgelaufener Dienstzeit mit zusätzlichen finanziellen Vergünstigungen um Weiterverpflichtung geworben wird, steigen immer mehr junge Menschen aus. Auch viele aktive Soldatinnen und Soldaten suchen nach Möglichkeiten, die US-Armee vor Ablauf ihrer vertraglich vereinbarten Dienstzeit zu verlassen, weil sie sich nicht mehr für die Interessen der Öl- und Rüstungsindustrie töten oder verstümmeln lassen wollen.

Wer dient überhaupt in dieser Berufsarmee? Dazu zitieren wir aus „He, Sie da! Keine Fragen bitte! Oder wir inhaftieren Sie illegal In Guantánamo“, von dem amerikanischen Autor Micah Ian Wright, Verlag Antje Kunstmann, München 2004, S. 16/17:

„Im Fernsehen wird viel darauf herumgeritten, dass Amerika eine reine ‚Freiwilligen‘-Armee besitzen soll – als wollte man jedes Fünkchen schlechten Gewissens ersticken, dass wir unsere Soldaten für die Profite der Ölgesellschaften in den Tod schicken. Die Freiwilligkeit, um die es da geht, beschränkt sich bestenfalls auf ‚entweder nehme ich den Job bei IBM oder ich gehe auf die Offiziersakademie‘, oder, ‚wenn die Army mich nicht nimmt, bleibt mir nur noch die Sozialhilfe‘. Ich gehörte zur ersten Sorte, aber während meiner Militärzeit habe ich viele kennen gelernt, deren Freiwilligkeit von letzterer Art war. Die Armee rekrutiert sich zum größten Teil aus leistungsstarken Männern und Frauen, deren einzige Chance, krasser Armut zu entkommen, darin besteht, sich beim Militär zu verpflichten. Ich habe in der Armee in die tiefe Kluft zwischen Beschützern und Beschützten gesehen, die unser Land spaltet. Afroamerikaner machen zwölf Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung aus, doch in der Army beträgt ihr Anteil 26 Prozent. Ähnlich auf den Kopf gestellt ist das Zahlenverhältnis für Hispanos und amerikanische Ureinwohner. Noch ausgeprägter ist das Missverhältnis, wenn man die Klassenzugehörigkeit betrachtet. Charlie Moskos, Militärsoziologe an der Northwestern University, weiß zu berichten, dass 1956 von 750 jungen Männern, die in Princeton ihren Abschluss machten, 400 Militärdienst leisteten. Im Jahr 2002, so stellte Moskos fest, schlugen ganze drei von 1.000 weiblichen und männlichen Princeton-Absolventen die Offizierslaufbahn ein. Nimmt man die Zusammensetzung

des amerikanischen Militärs genauer unter die Lupe, so fällt auf, dass die reichen Amerikaner und die obere Mittelklasse praktisch keinen Beitrag leisten. Amerika ist ein Land, in dem sich eine weiße, reiche Elite von einer armen, minoritären Unterschicht verteidigen lässt. Wenn wir uns nicht zusammenschließen, wird es den Reichen immer möglich sein, die eine Hälfte der Armen dazu anzuheuern, um die andere Hälfte in Schach zu halten.“

Nach neuesten Umfragen unterstützen nur noch 32 Prozent, also ein knappes Drittel der US-Bürger die völkerrechtswidrige Kriegspolitik ihres Präsidenten. Auch die Ärmsten der Armen wollen sich nicht länger in Angriffskriegen verheizen lassen. Der immer größer werdende Mangel an kampfeswilligen US-Soldaten und die Kriegsmüdigkeit großer Teile der US-Bevölkerung könnten den von den Herren Generalen auf „Jahrzehnte“ angelegten „Krieg gegen den Terrorismus“ schon bald beenden. Rheinland-pfälzischen Politikern, die in den USA auch weiterhin darum betteln, dass möglichst viele US-Soldaten in unserem Bundesland stationiert bleiben, sind die sich anbahnenden dramatischen Veränderungen bisher völlig entgangen.

Wenn der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck und sein Innenminister Bruch mit ihrem großen Gefolge einige Tage früher nach Washington gereist wären, hätten sie sich bei der Großdemonstration selbst einen Eindruck von der Meinung des „anderen Amerika“ zur Politik der Bush-Administration verschaffen können. Dann wäre das viele Geld, das rheinland-pfälzische Steuerzahler für den Ausflug zu bezahlen haben, wenigstens nicht ganz verschwendet gewesen. Weil Vertreter aller Landtagsfraktionen mitgereist sind, wird wohl nie herauskommen, was uns Hin- und Rückflug, Unterkunft und Verpflegung für die fünf Tage und die Bewirtung der 2.500 geladenen Botschaftsgäste gekostet haben. Ansonsten gilt: Außer Spesen nichts gewesen!

Die Aufgabe Baumholders als Stützpunkt der US-Armee ist längst beschlossene Sache, daran haben auch die „Gespräche“ mit zweit- und dritrangigen Partnern aus der US-Politihierarchie nichts geändert. Natürlich dürfen Beck und Bruch den hier verbleibenden US-Militärs schöne neue Häuser bauen lassen, wenn sich genügend einheimische Investoren mit dem unaufhaltsamen Drang zur besonders risikoreichen Kapitalanlage dafür finden lassen.

Der Kaiserslauterer Oberbürgermeister Deubig war zur Verabschiedung des bisherigen US-Generalstabschefs Myers in die USA gereist. Den kennt er schon seit dessen Stationierung in Ramstein. Bei der Abschiedsfeier hatte der OB eine Begegnung der besonderen Art mit Donald Rumsfeld. Der US-Kriegsminister beglückte Deubig mit der „überraschenden“ Nettigkeit, er sei gut über K-Town informiert, was er bei einer der größten Auslandsgarnisonen der US-Streitkräfte ja wohl ohnehin sein muss. Auch diese Reise und der Empfang des OB für „hohe militärische und politische Gäste“ hat sicher viel Geld gekostet, das Kaiserslautern bei seiner hohen Verschuldung überhaupt nicht übrig hat. Das dabei angebahnte „Wassergeschäft“ mit der US-Air Force wird noch sehr gründlich zu untersuchen sein.

Ansonsten hatten beide Besuche die gleiche fatale Wirkung. Bei Politikern und Militärs der USA wurde der Eindruck erweckt, die kritische Einstellung vieler Deutscher zur Politik der Bush-Administration sei überwunden. Die US-Militärs könnten trotz wachsender Schwierigkeiten im eigenen Land zumindest mit der vollen Unterstützung deutscher Landes- und Lokalpolitiker beim Ausbau und der weiteren Nutzung ihrer Militärbasen in Rheinland-Pfalz und in der Region Kaiserslautern rechnen. Durch ihr offenes Paktieren mit den US-Militärs sind die „deutschen Herrschaften“ nicht nur der fluglärmgeplagten eigenen Bevölkerung, sondern auch den kriegsmüden Bürgern der USA in den Rücken gefallen. Alle gemachten Angebote verlängern letztlich die laufenden völkerrechts- und grundgesetzwidrigen US-Kriege, die maßgeblich von unserem Boden aus geführt werden und gestatten auch in Zu-

kunft die rechtswidrige und strafbewehrte Vorbereitung weiterer Angriffskriege unter Einbeziehung unseres Territoriums.

Wann protestiert Justizminister Mertin aus der Landesregierung des Herrn Beck unter Berufung auf das Bundesverwaltungsgerichts-Urteil BVerwG 2 WD 12.04 endlich dagegen, dass sein Ministerpräsident und sein Ministerkollege Bruch die verfassungswidrigen Aktivitäten der US-Streitkräfte tatkräftig unterstützen?

Welche Fraktion des Landtages stellt endlich den Antrag an den Verfassungsgerichtshof des Landes Rheinland-Pfalz, die Mitwirkung der Landesregierung bei den völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskriegen der US-Streitkräfte durch ein entsprechendes Urteil als verfassungswidrige Handlung zu verbieten?

Hat diese Landesregierung eigentlich völlig aus den Augen verloren, dass ihre Amtszeit mit der Landtagswahl im nächsten Jahr endet? Die ständig umsorgten US-Militärs in unserem Bundesland können ihr die erforderliche Mehrheit zum Weiterregieren nicht verschaffen. Die unter dem ständigem Fluglärmterror der US-Streitkräfte leidenden Wähler aus der Westpfalz und den angrenzenden Landesregionen werden sich sehr gut überlegen, welcher Partei sie ihre Stimme geben – in der Hoffnung, mit ihren Sorgen und Nöten künftig ernster genommen zu werden.

Mit devoten USA-Reisen und anbietenden Wohnungsbauprogrammen für die US-Streitkräfte sind keine Landtagswahlen zu gewinnen. Darauf sollten sich nicht nur die derzeit Regierenden, sondern auch die Abgeordneten und Kandidaten aller Parteien, die wieder oder neu ins rheinland-pfälzische Parlament gewählt werden wollen, schleunigst einstellen.

Ach, iwwerischens ...

Wammers net selwer im Ferseh ganz korz gesieh hedde, deed mers jo kaum glaawe. Die klääne Leit in Ameriga wolle die Krieche, wo ehr Bush iwwerall aafangt, aa nimmi. Die demonschdriere widder masseweis in Washington wie domols geje de Kriech in Vietnam. Die Midder un Vädder hanns satt, dass ehr Buwe un Määd in Särsch häämkomme. Die wolle nimmi, dass ehr Reschierung es ganz Geld bei denne uneedische Krieche in annere Länner vepulwert un die arme Leit in New Orleans ääfach absaufe losst. Ich hanns doch glei gesaat, es gebbd noch e ganz anneres Ameriga.

Blooss die Owwerkomiteeder in Määnz un Lautre un ehr närrischer Hofschdaat hanns noch net geschallt. Die rääse immer noch in die Schdääts, fer dem Bush seine Wasserträäscher hinneninn se grawwele, dass die Ami-Barrasskepp jo ewisch bei uns bleiwe un uns weider schigganeere.

Mei Grossmudder hat als gesaat: „Dumm gebor un nix dezu gelernt!“ Awwer Negschjohr kenne se wenigschdens uns kennelerne, wammer ne bei de Wahle die Rechnung bräsendeere!

Wichtige Telefonnummern:

Luftwaffenamt Köln, gebührenfrei unter der Nummer	0800 / 8620730
Verbindungsbüro Flugplatz Ramstein	06371 / 952655
Innenministerium RLP –Flugbetrieb	06131 / 163382
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Mainz	06131 / 164700
Bürgertelefon Verteidigungsministerium Berlin	01888 / 242424

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern